



Positionspapier: Eigenständige Jugendpolitik mit interkulturellem Blick

Familie ist nicht nur die grundlegende und vielfältige Lebensgemeinschaft einer jeden Gesellschaft, ein Ganzes mit eigenem Handlungsraum und eigener *Familienzeit*, sondern auch ein soziales Gebilde, geprägt von verschiedenen Lebensphasen der Familienmitglieder. Dazu gehören die Lebensphasen Kindheit, Jugend, Erwachsenenalter und Alter.

Unser Verband binationaler Familien und Partnerschaften leistet seit vielen Jahren erfolgreiche und anerkannte Arbeit zur Lebensphase Kindheit mit dem Schwerpunkt Mehrsprachigkeit und Interkulturalität, auch in der Elternarbeit. In der Fortentwicklung unserer verbandlichen Schwerpunkte und dem logischen Schluss, dass aus Kindern Jugendliche und junge Erwachsene werden, möchten wir uns zukünftig verstärkt der Lebensphase Jugend, gemäß der Alters-Definition des deutschen Gesetzgebers im achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII, KJHG), 14 bis 27 Jahren, politisch und konzeptionell widmen. Gerade die Herausforderungen, sowohl Chancen als auch Risiken für die heutige Jugend, erst recht wenn sie binational und/oder mehrkulturell aufwachsen, nehmen wir in den Blick. Das gehört zu unserer verbandlichen Kernkompetenz.

Außerschulische Jugendbildungs-Angebote von z.B. unserer Regionalgeschäftsstelle in Leipzig mit dem Workshop zur Identitätsbildung binationaler Jugendlicher „Schuhe machen Leute-You are what you wear“¹ und die „3-2-1-Mut! Empowerment-Trainings für Jugendliche mit Migrationshintergrund“, die 2010 mit dem sächsischen Integrationspreis² geehrt wurden und das mehrsprachige Schüler-Projekt „Mind the gap!“³, belegen den Erfolg der direkten und kreativen Ansprache der betroffenen Jugendlichen. Andere Regionalgeschäftsstellen widmen sich seit Jahren erfolgreich z.B. schwarz/weißer Lebenswelten in ihrer Eltern- und Jugendarbeit.

Das derzeitige deutsche Staatsangehörigkeitsgesetz mit seinem Optionszwang, gegen das wir uns als Verband seit seinem Bestehen aussprechen, setzt junge binationale Menschen in Deutschland unter Entscheidungsdruck zwischen der Staatsbürgerschaft der Eltern und der Deutschen. Vielen jedoch ist eine Beibehaltung ihrer Staatsbürgerschaft unter bürokratischen Mühen möglich. Dies hat zur Folge, dass die Zahl junger binationaler Menschen statistisch gestiegen ist.

¹ [http://www.verband-binationaler.de/fileadmin/user_upload/Regionalgruppen/leipzig/SML -
schuhe_machen_leute.pdf](http://www.verband-binationaler.de/fileadmin/user_upload/Regionalgruppen/leipzig/SML_-_schuhe_machen_leute.pdf)

² <http://www.willkommen.sachsen.de/28471.htm>

³ <http://mindthegap-leipzig.tumblr.com/>



Für uns ist dabei Mehrstaatigkeit nicht nur hinzunehmen, sondern als Bereicherung einer jeden Gesellschaft zu verstehen.

Die Neuzuwanderung von jungen Menschen innerhalb und außerhalb Europas, die meist als Fachkräfte nach Deutschland zuwandern, lässt die Zahl dieser jungen internationalen Bevölkerungsgruppe weiter steigen. Weltweit sind nach aktuellen Schätzungen des Weltjugendberichts 2013 der Vereinten Nationen bis zu 75 Millionen der internationalen Migrant/innen unter 29 Jahre alt. Das sind bis zu 30 Prozent aller Migrant/innen in der Welt.⁴

Fragen der Zugehörigkeit und Identitätsbildung spielen für viele im Jugendalter eine große Rolle, ebenso wie brisante gesellschaftspolitische Aspekte wie die hohe Armutsgefährdung junger Erwachsener.⁵ In Deutschland gilt jeder Fünfte von ihnen (18 bis 24 Jahre), laut dem Datenreport 2013 des Statistischen Bundesamts als armutsgefährdet. Mit Blick auf bestehende gesellschaftliche Vorurteile und Barrieren, betrifft dies besonders Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund in Deutschland und im heutigen Europa.

Daher begrüßen wir als Verband binationaler Familien und Partnerschaften die Entschließung des Rates der Europäischen Union über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018), kurz die EU-Jugendstrategie 2010-2018 vom 27. November 2009. Ebenso wie z.B. das darin eingebettete EU-Programm *Youth in Action* (2007-2013), das darauf abzielt, unter jungen Europäern einen Sinn für aktive Bürgerschaft, Solidarität und Toleranz zu entwickeln und sie in die zukünftige Gestaltung der EU einzubinden.⁶

Die aktuell von der EU-Kommission geäußerten primären politischen Ziele auf Basis der EU-Lissabon-Strategie zur Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt (Employability) und ihrer Bildungsmobilität (Mobility) sind strukturell bedeutend, aber nach unserer Ansicht nicht allein ausreichend.

Die deutsche Initiative einer „Eigenständigen Jugendpolitik“ im Kontext der EU-Jugendstrategie als zu etablierendes neues Politikfeld, als „sektorübergreifende“ Aufgabe verstanden, stellt für uns ein nachhaltigeres Ziel dar.

⁴http://www.unworldyouthreport.org/index.php?option=com_k2&view=itemlist&task=category&id=31:newchapter1&Itemid=222

⁵ <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/158603/armut-nach-alter>

⁶ *Youth in Action* wird im neuen EU-Programm *Erasmus+ (2014-2020)* auf neue Weise fortgeführt.



Hier sind die Themen Partizipation und Emanzipation, ebenso wie Lebensbedürfnisse und -zusammenhänge von Jugendlichen zentral.

Anders ausgedrückt: *Aktiv werden und selber mitgestalten!*

Wenn Jugendliche unterschiedlicher Herkunft, aus binationalen und/oder mehrfach-kulturellen familiären Zusammenhängen ihre Selbstwirksamkeit, die Gestaltung des eigenen jungen Lebens mit der dazugehörigen vollständigen gesellschaftlichen Anerkennung und Wertschätzung ihrer Herkunft und ihrer Heterogenität erfahren dürfen, werden ungleich stärkere Persönlichkeiten hervorgehen, so unsere Überzeugung.

Daher sehen wir als interkultureller Familienverband in der „Eigenständigen Jugendpolitik“ auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene eine große Chance für die emanzipatorische Entwicklung einer interkulturellen Jugend.

Das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) geht mit dem „Zentrum für die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik und den Aufbau einer Allianz für Jugend“ (kurz: „Zentrum Eigenständige Jugendpolitik“) einen ersten begrüßenswerten Schritt. Wir möchten jedoch, dass es nicht dabei bleibt und das Spektrum der zivilgesellschaftlichen Akteure in diesem noch jungen Feld erweitert wird.

Wir verankern deshalb das Zukunftsthema „Eigenständige Jugendpolitik mit interkulturellem Blick“ im Bundesvorstand unseres Verbands. Wir möchten versuchen dieses Politikfeld gemeinsam mit unseren zivilgesellschaftlichen und staatlichen Partnern weiter zu entwickeln. Wir streben den verbandsinternen Ausbau unserer familienpolitischen und interkulturellen Expertise, sowie weitergehender Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche, nach Maßgabe unserer personellen und finanziellen Ressourcen, an.

Die eigene Stimme junger binationaler und/oder mehrfach-kultureller Menschen soll nach unserem Wunsch Gehör in einem vielfältigen Deutschland und Europa finden.

Der Bundesvorstand

Frankfurt am Main, den 01.03.2014